

Verantwortung ist kein Symbol

Zuständigkeiten werden nicht geändert

■ Von Gerlinde Sommer

Erfurt/Duisburg. Verantwortung wird nicht durch Verlagerung der Verantwortlichkeiten wahrgenommen. Das sagt Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow zu der Idee, künftig Veranstaltungsgenehmigungen auf Landesebene anzusiedeln. Er hält entsprechende Überlegungen für „sinnlose Symbolpolitik“, wie er im TLZ-Gespräch betonte. Für Ramelow ist klar: Verantwortung ist kein Symbol. Wer Verantwortung hat, muss sie auch tragen. Und das gilt vor allem auch für den Veranstalter. Dabei weiß er den Thüringer Innenminister hinter sich. Dessen Sprecher Bernd Edelmann erklärte auf TLZ-Anfrage: „Wir denken nicht daran, die Verantwortung abzunehmen“ und an das Landesverwaltungsamt oder gar das Ministerium selbst zu koppeln.

„Vor Ort ist die Kompetenz“, so der Sprecher. „Die Landräte und Bürgermeister kennen die Gegebenheiten ganz genau“, sagt er etwa mit Blick auf das ausverkaufte Festival „Sonne Mond Sterne“ an diesem Wochenende an der Bleilochtalesperre bei Saalburg. Verantwortung trägt das Innenministerium jedoch für Polizeieinsätze. Daher befasst es sich mit den dazu nötigen Konzepten. Das aber ist zu trennen von der Genehmigung – und von der Verantwortung des Veranstalters.

Der Vorschlag zur Verlagerung der Verantwortung kommt aus Nordrhein-Westfalen und ist dem Schock geschuldet, dass bei einer genehmigten Großveranstaltung der Tod von 21 jungen Menschen zu beklagen ist. Die Zuständigen haben in Duisburg bei der Vorbereitung der Love-Parade und während der Massenpanik versagt. Wer genau welche Verantwortung trägt, wird noch untersucht.

Politisch ist das Ganze ein Desaster, weil der dortige Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) offenbar mit der Situation überfordert war und ist. Inzwischen werden für seine Abwahl Bürgerstimmen gesammelt. Der Initiator hat die Hälfte der nötigen 8000 Unterschriften bereits. Die örtliche CDU dagegen hält am OB fest und spricht sich für eine parlamentarische Untersuchung aus. Das Land unterstützt die Opfer des Unglücks jetzt mit einer Million Euro Soforthilfe. Gedacht ist das Geld für Angehörige der Todesopfer sowie Verletzte, die mehrere Tage im Krankenhaus verbringen mussten. Anträge könnten formlos bei der Landesunfallkasse Nordrhein-Westfalen beantragt werden, eine Entscheidung über die Anträge erfolgt „umgehend“. Außerdem wird der ehemalige Staatssekretär im NRW-Innenministerium, Wolfgang Rottke, als Ombudsmann zur Verfügung stehen.

TLZ-AKTION

Mit dem Bundespräsidenten an der Tafel der Demokratie

Große Veranstaltung am 20. August auf dem Pariser Platz in Berlin – 50 TLZ-Leser können dabei sein

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt/Weimar. Mit dem Bundespräsidenten am Freitag, 20. August, in Berlin tafeln? Viele TLZ-Leser wollen dabei sein, wenn 1500 Menschen aus allen Regionen Deutschlands auf dem Pariser Platz in der Bundeshauptstadt das neue Staatsoberhaupt Christian Wulff und seine Frau Bettina treffen. Die TLZ verlost 25 mal 2 Karten zu diesem Ereignis. Die Leserinnen und Leser, die dabei sein wollen, sollen dem neuen Staatsoberhaupt ihre Wünsche und Visionen mitteilen. Einsendeschluss ist Freitag, 6. August, danach werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der TLZ ausgelost und benachrichtigt.

„Wir wünschen Kraft und Mut“

Bernd Rost aus Legefeld erhofft sich von den Politikern beispielsweise mehr Praxisnähe. „Statt Betriebsbesichtigungen im neuen Kittel, an extra dafür ausgesuchten Arbeitsplätzen und aufgesetzten Gesprächen, könnte ich mir die Volksvertreter auch einmal einen Tag Seite an Seite mit den Arbeitern, den Lehrern oder Ärzten während deren Arbeitszeit vorstellen.“ Aber nicht nur an die Politiker appelliert der TLZ-Leser: „Andererseits sollten die ewigen Nörgler aus der Bevölkerung einmal mit den Aufgaben und Entscheidungen eines Ministers oder ‚Staatsdieners‘ und den daraus resultierenden Konsequenzen vertraut gemacht werden, wie einschätzen zu können, wie schwer es auch die politischen Entscheidungsträger



Freuen sich auf die Tafel der Demokratie: Christian Wulff und seine Frau Bettina nehmen am 20. August die Wünsche und Visionen von 1500 Menschen aus ganz Deutschland, darunter auch 50 TLZ-Leser, entgegen. Foto: ap

haben. Vielleicht wäre dies ein erster Schritt auf dem Weg zueinander und gegen die politische Verdrossenheit.“

Sven Löffelholz aus Leinefelde wünscht dem Bundespräsidenten „kluge Ideen, Mut und hinterher dann auch die Kraft, um die einzelnen Parteien in ihrem Ringen um zukunftsfähige Entscheidungen für unser Land, zu überparteilicher Akzeptanz von Kompetenz und Wissen anzuhalten, damit tragfähige Lö-

sungen und Kompromisse gefunden und den Bürgern auch vermittelt werden können.

Uta Lapp aus Eisenach wünscht dem Staatsoberhaupt „Zuversicht und Optimismus, Sachlichkeit und Objektivität, persönliches Engagement, Freunde und eine Familie, die hinter ihm stehen.“ Sie hofft auf einen Bundespräsidenten, „von dem ich sagen kann: ‚Das ist unser Mann, von dem wir uns nach innen und außen vertreten fühlen.“

Rüdiger Grunow aus Jena wünscht Christian Wulff Folgendes: „Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Einheit in den Köpfen für unser deutsches Vaterland.“ Hartmann Jens aus Weimar erhofft sich von unserem Staatsoberhaupt: „Überparteilichkeit, kritisch auch gegenüber der Wirtschaft und den Banken. Wir wünschen persönlich viel Gesundheit und Durchhaltevermögen.“

Hildegard Bränlich aus Weida schlägt vor, der Bundespräsident möge einen „Rat der weisen Männer und Frauen“ benennen. Der Rat sollte von Studenten, Lehrern, Intellektuellen, IHKS, sozialen Einrichtungen und ähnlichen Institutionen gewählt werden. Er sollte zu brennenden Problemen zielorientiert Stellung beziehen. Sein Rat sollte für die Politiker bindend sein. Der zweite Wunsch von Frau Bränlich: Haushaltsführung sollte als Pflichtfach in den Schulen eingeführt werden.

Claudia Schmitt aus Magdala würde sich vom neuen Staatsoberhaupt wünschen, dass er einen Plan für Deutschland 2020 erstellt. Dann sollte er Druck auf die aktiven Politiker ausüben, damit dieser Plan auch umgesetzt und entsprechend regiert wird.

Christine Holstein aus Maua gibt Christian Wulff dieses mit auf den Weg: „Wir wünschen dem Bundespräsidenten, dass er seine Ent-

scheidungen und Worte stets klug durchdenkt und in der Lage ist, sie allen Bevölkerungsschichten nahe zu bringen. Er sollte die Kraft und den Mut aufbringen, sich selbst, aber auch Deutschland nicht vereinnahmen zu lassen und auf längere Sicht hin sich aus nationalen und internationalen politischen Zwängen befreien zu können, wenn es nötig erscheint.“

1500 Gäste aus ganz Deutschland

An der Tafel der Demokratie nehmen am 20. August 1500 Gäste aus ganz Deutschland Platz. Sie sitzen an langen weiß gedeckten Tischen und geben dem Bundespräsidenten ihre Werte und Visionen für Deutschland auf den Weg. „Gerade in Krisenzeiten ist ein Bekenntnis für Dialog und Miteinander von großer symbolischer Bedeutung“, so die Initiatoren. Die zwei besten und aussagekräftigsten Wünsche der 1500 Gäste dürfen dem Bundespräsidenten in einem Toast persönlich von den Verfassern entgegengebracht werden.

i Noch können Sie sich bewerben für die „Tafel der Demokratie“. Einfach nebenstehenden Coupon ausfüllen und an die TLZ senden. Sollte der Platz für Ihre Wünsche nicht ausreichen, dürfen Sie gerne mehr schreiben.

NACHRICHTEN

Vorerst keine Gigaliner

Erfurt. (ddp) Auf Thüringens Straßen wird es vorerst keine weiteren Testeinsätze mit überlangen Lastwagen geben. Darauf verständigte sich das Kabinett. Zwar will die Landesregierung den Pilotversuch des Bundes mit sogenannten Gigaliner „im Auge behalten“, eine Beteiligung ist aber nicht geplant. Gigaliner sind Lastwagen, die statt 18,75 Meter bis zu 25 Meter lang sein dürfen und eine entsprechend größere Ladekapazität haben. Verkehrsminister Christian Carius (CDU) hatte bislang für weitere Probeläufe geworben, die SPD lehnte dies aber ab.

wahrscheinlich erst im Oktober an seinen Arbeitsplatz zurückkehren können. Für seine Genesung sei eine aufwendige Reha notwendig. Zimmermann war vor einer Woche bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn 73 schwer verletzt worden.

Erinnerung an den Mauerbau

Schiffersgrund. Die Gedenkstätte Schiffersgrund im Eichsfeld erinnert am 13. August um 11 Uhr mit einer Veranstaltung an den Jahrestag des Mauerbaus. Gastrednerin ist die hessische Staatsministerin a.D. Ruth Wagner.

Sozialverband VdK informiert

Erfurt. Der Sozialverband VdK schickt wieder einen Infobus durch Thüringen. Für die Zeit vom 16. bis 26. August sind insgesamt 16 Stationen vorgesehen, an denen über die VdK-Arbeit informiert wird.

Sprecher kehrt im Herbst zurück

Erfurt. (ddp) Regierungssprecher Peter Zimmermann wird nach seinem schweren Autounfall noch wochenlang ausfallen. Wie seine Stellvertreterin Marion Wolf mitteilte, wird er

TLZ-COUPON

Ich möchte am Freitag, 20. August, in Berlin an der „Tafel der Demokratie“ zur Amtseinführung des Bundespräsidenten teilnehmen.

Name, Vorname

Anschrift

Telefon + eMail

meine Begleitperson

Visionen und Wünsche, die ich dem Bundespräsident mit auf den Weg geben will:

.....

Bitte einschicken an: TLZ-Chefredaktion, Kennwort: Demokratie, Marienstraße 14, 99423 Weimar

Gesunde Ernährung nicht für alle

In den Genuss des Thüringer Schulobstprogramms kommt nur eine Minderheit

■ Von Elmar Otto

Erfurt. Die Landesregierung will schnellstens die kostenlose Versorgung an Grund- und Förderschulen mit Obst und Gemüse auf den Weg bringen. Zum Schuljahresbeginn am Donnerstag wird es die seit langem geforderte Initiative allerdings noch nicht geben.

Linkspartei sowie Grüne dürften jedoch selbst nach Inkrafttreten der Richtlinie kaum zufrieden sein: Ein Großteil der Grund- und Sonderschüler wird auf die Gratisversorgung nämlich weiter verzichten müssen. Eine flächendeckende Versorgung ist mit dem zur Verfügung gestellten Geld nicht zu gewährleisten.

Etwas 600 000 Euro steuert die EU bei. Weitere 200 000

Euro wird das Land zuschießen. Aber die insgesamt 800 000 Euro reichen bei Weitem nicht für die 69 000 Schüler aus, die derzeit eine der 437 Grund- oder eine der 67 Förderschulen besuchen. Pro Kind und Schuljahr sei ein Höchstbetrag von 50 Euro vorgesehen, sagt Andreas Hoffmeier aus dem Sozialministerium. Deshalb könnten voraussichtlich etwa 16 000 Kinder davon profitieren.

Damit wird die vom Land finanzierte gesunde Ernährung in der Schulpause die Ausnahme bleiben und nicht zur Regel werden. Das hatten im Mai Linke und Grüne im Landtag gefordert und waren damals bereits an der Regierungskoalitionsmehrheit von CDU und SPD gescheitert.

Es gehe mit dem neuen Programm darum, dass Äpfel,

Birnen, Karotten und Co. künftig zum Speiseplan der Kinder gehören, heißt es aus dem Haus von Sozialministerin Heike Taubert (SPD). Zwar sei eine flächendeckende Versorgung möglicherweise wünschenswert, aber kaum realisierbar. Zudem wolle das Land keinen Druck auf Schulen ausüben, sondern diese sollten sich aus eigener Initiative beteiligen. Das könne beispielsweise im Rahmen einer Projektwoche geschehen.

Das frische Obst und Gemüse soll möglichst aus der Region stammen. „Wir wollen nicht alles aus Holland oder Spanien importieren“, sagt Ministeriumssprecher Hoffmeier und verweist auf die heimische Obstbautradition. Dabei gehe es auch um Umwelt- und Klimaschutz. Und im kleinen Rahmen könne so

die Thüringer Wirtschaft unterstützt werden.

Das Sozialministerium hat den Entwurf der Richtlinie inzwischen zur Abstimmung an das Kultus- sowie das Landwirtschaftsministerium weitergereicht. Zeitnah wird mit einer Verabschiedung gerechnet. Bei der Zahlstelle des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes, kurz Eler, so das Ministerium, könnten die Schulträger einen Antrag auf Teilnahme am Schulobstprogramm stellen.

i Weitere Informationen zum Schulobstprogramm gibt es beim Thüringer Sozialministerium, Werner-Seelenbinder-Straße 6, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/37 98730 oder im Internet unter: www.thueringen.de/de/tmsfg/



Apfel, Banane und Co. als Pausenbrot: In Thüringen wird es bald eine Richtlinie für die kostenlose Versorgung von Grund- und Förderschülern mit Obst geben. Das Geld reicht aber längst nicht für alle Schüler. Foto: ddp